

werden, die sich ohnehin schon positiv für ein Kind entschieden haben. Ein Großteil der unsicheren Frauen und derer, die einen Abbruch ernsthaft erwägen, werde nicht mehr erreicht.

Auch die Wirkung, die ein solcher Ausstieg der Kirche auf das allgemeine Rechtsbewußtsein haben könnte, schätzt die Arbeitsgruppe eher gering ein: Die Beschränkung der Beratung auf § 2 SchKG könnte kurzfristig als ausdrucksstarkes Signal und als Beitrag zur Schärfung des öffentlichen Gewissens verstanden werden. Längerfristig aber werde der eher negative Eindruck bleiben, daß sich die Kirche zu schade sei, etwas Wirksames zum Schutz des ungeborenen Lebens zu leisten.

Zudem moniert die Arbeitsgruppe bei diesem Weg einen doppelten Verzicht auf Mitgestaltung des Lebensschutzes: So würden zum einen an die Stelle der katholischen Konfliktberatungsstellen andere treten, die sich nicht so eindeutig wie die Kirche zum Schutz des ungeborenen Lebens bekennen. Zum anderen begeben man sich so der Möglichkeit, auf die Einhaltung der gerichtlichen Vorgaben beim praktischen Lebensschutz, auf die Gestaltung von Richtlinien und die faktische Umsetzung des Gesetzes in den Bundesländern einzuwirken.

### Zustimmende Reaktionen aus Kirche und Politik

Ein wichtiges Argument für den Beratungs- und Hilfeplan sieht die Arbeitsgruppe dagegen besonders darin, daß mit ihm sowohl die „Prozeßhaftigkeit“ des Beratungsgeschehens als auch die Integration von Beratung und Hilfe verdeutlicht werden. Im Hinblick auf den Beratungsprozeß helfe der „Beratungs- und Hilfeplan“ festzuhalten, was an gemeinsam konkretisierten Lebensperspektiven erarbeitet worden ist und unterstütze den Prozeß weiterführender Beratung und Begleitung. Auch verbindet die Arbeitsgruppe mit diesem Lösungsweg die Hoffnung, daß so auch

die Verantwortung jedes einzelnen am Prozeß Beteiligten, von der Beraterin über die Ratsuchende bis zum Arzt, deutlicher wird.

Auffällig oft verweist der Bericht bei diesem Lösungsmodell – das in drei, etwa bezüglich der auf dem Schein zitierten Gesetzestexte zu unterscheidenden Varianten vorgestellt wird – auch auf Erfahrungen und empirische Studien aus der konkreten Beratungsarbeit. Mit deutlichem Bezug auf die Diskussion der vergangenen Monate betont die Arbeitsgruppe dabei ausdrücklich: „Wenn trotz aller Bemühungen eine Abtreibung erfolgt, bestätigt der Beratungsnachweis nur, daß die Beratung in diesem Kampf unterlegen ist.“

Mehrere Diözesanbischöfe, unter ihnen *Franz Kamphaus* (Limburg), *Hermann Josef Spital* (Trier), *Paul-Werner Scheele* (Würzburg), *Franz-Josef Bode* (Osnabrück) und Kardinal *Georg Sterzinsky* (Berlin) begründeten unterdessen öffentlich ihr Votum für den „Beratungs- und Hilfeplan“. Breite Unterstützung

fand dieses Modell indessen auch bei katholischen Verbänden und politischen Parteien. In einem Brief an die Mitglieder des Zentralkomitees der deutschen Katholiken betonte dessen Präsident *Hans Joachim Meyer*, das Beratungsergebnis der Bischöfe trage der in Einmütigkeit erfolgten Meinungsbildung auch innerhalb des Laiengremiums Rechnung.

Auch die Träger der katholischen Beratungsstellen, der Deutsche Caritasverband und der Sozialdienst katholischer Frauen, begrüßten den von der Mehrheit der Bischöfe favorisierten Lösungsvorschlag, bedauerten jedoch das Prozedere und den Verzicht auf eine verbindliche Entscheidung. Bischof Lehmann, der den Papst persönlich über das Beratungsergebnis der Bischofskonferenz informieren wird, rechnet vorsichtig optimistisch bis zum Sommer mit einer Entscheidung aus Rom und bekräftigte dabei: Alle seien in gleicher Weise überzeugt, daß bald eine Entscheidung getroffen werden müsse.

A. F.

## Protestantismus: Bündnis von Glaube und Kultur?

*Anfang März legten EKD und evangelische Freikirchen ein Papier zum „Verhältnis von Protestantismus und Kultur im neuen Jahrhundert“ vor. Es ist als Impuls für einen zweijährigen Konsultationsprozeß zu diesem für Gegenwart wie Zukunft des Christentums in Europa zentralen Thema gedacht.*

Ein so ehrgeiziges wie spannendes Projekt hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland zusammen mit der Vereinigung Evangelischer Freikirchen für die nächsten beiden Jahre vorgenommen: Mit der Veröffentlichung eines *Impulspapiers* am 2. März und mehreren *Auftaktveranstaltungen* in der letzten Märzwoche starteten die deutschen Protestanten einen Konsultationsprozeß zum Verhältnis von Protestantis-

mus und Kultur, der sowohl das innerkirchliche Gespräch über dieses Thema voranbringen wie Anstöße von außen aus den verschiedenen kulturellen Bereichen aufnehmen soll.

Formal hat bei diesem neuen Vorhaben der Konsultationsprozeß der beiden großen Kirchen in der Bundesrepublik zum gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialwort Pate gestanden, der 1994 bis



1997 ablief. Allerdings handelt es sich jetzt, zumindest was die institutionellen Träger anbelangt, um eine Sache nur der reformatorischen Kirchen. Die evangelischen Freikirchen, die von der EKD mit ins Boot genommen wurden, haben zahlenmäßig in Deutschland verglichen mit den Landeskirchen ein eher geringes Gewicht. Sie repräsentieren aber Stränge des reformatorischen Christentums, die aus dessen Geschichte wie Gegenwart nicht wegzudenken sind.

## Autonomie der Kultur und christliche Verantwortung

Das Thema „Protestantismus und Kultur“ weckt fast unvermeidlich die Erinnerung an den „Kulturprotestantismus“ des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts, wobei es sich nicht um eine Selbst-, sondern um eine Fremdbezeichnung für bestimmte bildungsbürgerliche Gruppen handelt. Im Impulspapier taucht das Stichwort selbstverständlich auf, ohne daß das neue Projekt nahtlos an diese Tradition anknüpfen würde. Vielmehr grenzt sich das Papier nach zwei Seiten ab: „Eine kulturprotestantische Apologetik, die sich um die schieflich-friedliche Symbiose von Christentum und (bürgerlicher) Kultur bemüht, geht aber ebenso fehl wie eine im Namen des Christentums selbst propagierte radikale Diastase von Glauben und Kultur.“

Der Versuch, einen Weg zwischen solchen Extrempositionen im Verhältnis von Glauben bzw. Protestantismus und Kultur einzuschlagen, prägt den von einer zehnköpfigen Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Berlin-brandenburgischen Bischofs *Wolfgang Huber* erstellten Text durchgängig: Es gehe nicht an, den Glauben einfach als Bestätigung der gegebenen Kultur zu betrachten und als Werthintergrund zur Anerkennung all dessen zu benutzen, was sich kulturell entwickle. Zwischen Glaube und Kultur dürfe aber nicht Beziehungslosigkeit herrschen; ein Rückzug der Kirche aus

dem Feld der Kultur sei deshalb mit christlichem Selbstverständnis unvereinbar.

An anderer Stelle heißt es, die Kirche könne ihre Botschaft nicht einfach in kleine Münzen religiöser Stabilisierung eintauschen, sondern müsse deren Freiheit bewahren und zur Geltung bringen: „Sie muß aber zugleich eine Sprache finden, die die Menschen erreicht.“

Das Impulspapier zum neuen Konsultationsprozeß behandelt acht „Beziehungsfelder“, um das Verhältnis von Glaube und Kultur unter heutigen Bedingungen zu veranschaulichen: Religion, Gedenkkultur, Kunst, Jugendkultur, Bildung und Wissenschaft, Medien, Sport und Spiel, Alltag und Sonntag. Schon diese Aufzählung zeigt, daß die Initiatoren der jetzt gestarteten Konsultation die ganze Bandbreite dessen aufnehmen möchten, was gegenwärtig unter Kultur verstanden wird. Sie sind auch darum bemüht, die verschiedenen Phänomene mitsamt ihrer Fremdheit und Sperrigkeit für den normalen kirchlichen Betrieb unverstellt wahrzunehmen und sie nicht vorschnell zu qualifizieren oder kirchlich-theologisch zu vereinnahmen.

Gleichzeitig möchte der Text Anknüpfungspunkte für eine produktive Begegnung von christlicher Überlieferung und Gegenwartskultur ausfindig machen. Die Autonomie des Kulturellen in seinen verschiedenen Facetten und Erscheinungsformen soll gewahrt bleiben, ohne daß der Glaube darauf verzichten dürfte, aus seiner Perspektive heraus kritisch zu unterscheiden und der Überhöhung von Kultur zum Religionsersatz entgegenzutreten.

So greift das Impulspapier beispielsweise das Bedürfnis nach vertiefter Selbsterfahrung als „Zentralproblem moderner Religiosität“ auf und erinnert dabei an den neuzeitlichen Protestantismus, der ein Verständnis von Religion entwickelt habe, „das die Frage nach Gott mit der rückhaltlosen Thematisierung von Selbst und Individualität verbindet“. Aber es wird auch festgehalten, der Protestantismus werde

immer die Lebensform eines „aufgeklärten, nüchternen und reflektierten Glaubens“ verkörpern.

Zum Begegnungsfeld *Kunst* heißt es u. a., der religiösen Dimension moderner Kunst werde man nicht gewahr, wenn man nach überlieferten christlichen Motiven oder Vorstellungskomplexen suche. Moderner Kunst wie christlicher Botschaft wird attestiert, sie stellen eingespielte Selbstverständnisse in Frage. Auf dieser Grundlage fordert das Papier, die evangelischen Kirchen sollten sich ohne Berührungängste für den Dialog mit der modernen Kunst öffnen: „Ein wesentlicher Ansatzpunkt dafür ist die Wiederentdeckung des Kirchenraums.“

Die heutige *Jugendkultur* klopft das protestantische Impulspapier nach religiösen Symbolen, Fragen und Botschaften ab und wird dabei in Texten der Popmusik, in Musikvideos und Werbung fündig. Die religiösen Gefühle, Motive und Orientierungen in der Jugendkultur dürfe man nicht kommerziellen Anbietern überlassen. Der Kirche falle eine Schutzverpflichtung gegenüber den religiös suchenden Menschen, besonders gegenüber den Kindern und Jugendlichen zu. Aber: „Ihr kann sie nur nachkommen, wenn sie sich als offenes Haus organisiert. Sie wird dabei akzeptieren müssen, daß die private und individuelle Religiosität der Menschen mit der kirchlichen Religion nur eine mehr oder weniger große Schnittmenge gemeinsam hat.“

Das Papier umreißt zusammenfassend drei Aufgaben für die Gestaltung eines fruchtbaren Verhältnisses von Glaube und Kultur. Danach ist es zum einen unerlässlich, die kulturelle Gestalt des Glaubens zu pflegen, sowohl durch Treue zur kulturellen Überlieferung wie durch die Suche nach neuen Gestaltungsformen: „Wie sich Altes mit Neuem verbinden kann, ist gegenwärtig ebenso umstritten wie in früherer Zeit.“ Die Kirche soll zum zweiten die Entwicklung der Kultur kritisch begleiten. Es könne nicht darum gehen, Men-



schen in ihrem kulturellen Urteil zu bevormunden; die Kirche müsse aber zur Verständigung über Kriterien für dieses Urteil beitragen.

Dem Streit darüber, „welche Kultur der Würde des Menschen entspricht, seine Freiheit fördert und der Entfaltung des Lebens dient“, könnten Christen nicht ausweichen. Schließlich erinnert das Papier an die bleibende Verantwortung der christlichen Kirchen für die Kultur, in bewußter Mitgestaltung der eigenen kulturellen Gegenwart und Mitverantwortung für deren voraussehbare Zukunftswirkungen.

Dieses Papier ist allerdings nur eine vorläufige, wenn auch sehr respektable Problemskizze, ähnelt in vielen Passagen einem Wunschkatalog und enthält Absichtserklärungen und Forderungen, deren Einlösung nicht leicht sein dürfte. Am Ende des Konsultationsprozesses soll ein gemeinsames Wort des Rates der EKD und des Präsidiums der Vereinigung Evangelischer Freikirchen über Protestantismus und Kultur stehen.

Man wird es daran messen, inwieweit es gelingt, zumindest einige der jetzt angerissenen Themen im Interesse innerkirchlicher Verständigung wie öffentlicher Ausstrahlung der Kirchen überzeugend und profiliert zu vertiefen.

In weiten Teilen verhandelt das Impulspapier Fragen, die sich nicht nur für die reformatorischen Kirchen im Verhältnis zur Gegenwartskultur stellen, sondern genauso der katholischen Kirche bzw. katholischen Christen, die sich mit der kulturellen Randständigkeit ihres Glaubens nicht abfinden wollen und einen Weg zwischen bloßer Anpassung und sektiererischer Verweigerung suchen. Deshalb sollte die katholische Kirche den jetzt eingeläuteten protestantischen Verständigungs- und Gesprächsprozeß in Sachen Kultur aufmerksam beobachten und sich im Rahmen des Möglichen daran beteiligen. Protestantische und katholische Perspektive können sich hier sinnvoll ergänzen und auch gegenseitig herausfordern.

U. R.

Gespräch einfach vor die Tür legte. Erst am nächsten Tag erläuterte der Erzbischof in der Amtsleitersitzung der Erzdiözese Wien, die mit 900 Priestern und etwa 3000 Dienstnehmern zu einer der größten der Welt zählt, seine Beweggründe für die Ablöse seines engsten Mitarbeiters:

„Wir können die Kirche nicht so managen wie ein beliebiges Unternehmen. Wir müssen uns zuallererst spirituellen Angelegenheiten widmen. Erst danach kann im Nachziehverfahren die Organisation kommen.“ Im übrigen seien die Hauptgründe für die Kündigung, so Schönborn, „unterschiedliche Auffassungen über das Leitungskonzept der größten Diözese Österreichs“, keineswegs aber Auffassungsunterschiede über Glaubensfragen oder den Kurs der Kirche.

Diese Hinweise überraschten selbst kirchliche Insider. Denn man hatte doch Grund zur Annahme, daß sich der Erzbischof und sein Generalvikar aufs beste ergänzten: Schönborn als weltgewandt auftretender Aristokrat mit hervorragenden Kontakten nach Rom, wo er als Verantwortlicher für den „Weltkatechismus“ zweifellos vielfältige Sympathien erntete, und auf der anderen Seite der langjährige, erfolgreiche Caritas-Chef Schüller, der die Erzdiözese Wien nach wirtschaftlichen Kriterien zu führen gedachte und sich dabei als entschlußfreudiger Priester zeigte, der mit der Kirchenbasis eng verbunden war und sich in Sozialfragen besonders engagierte.

In den letzten Monaten war allerdings immer wieder durchgesickert, daß es zwischen beiden Kirchenmännern zu Auseinandersetzungen kam. In erster Linie ging es dabei um die *prekäre finanzielle Situation* der Erzdiözese Wien, in der der Anteil der Katholiken schon seit Jahren durch die starke Zuwanderung aus Südosteuropa und durch die seit Jahren beunruhigend hohen Kirchenaustritte ständig sinkt und zur Zeit nur noch um etwa fünfzig Prozent der Gesamtbevölkerung pendelt. So mußte u. a. Generalvikar Schüller älteren Prie-

## Österreich: Kardinal Schönborn entläßt seinen Generalvikar

*Ohne Vorwarnung wechselte Ende Februar der Wiener Erzbischof, Kardinal Christoph Schönborn, seinen Generalvikar aus. Der Vorgang sorgte für neuen Unmut in der katholischen Kirche Österreichs, die im letzten Jahr einen großangelegten Dialogversuch unternommen hat.*

Die bedrückenden Folgen der innerkirchlichen Auseinandersetzungen um Kardinal *Hans Hermann Groer* in Wien und um den St. Pöltener Diözesanbischof *Kurt Krenn* sind kaum abgeebbt, da erschüttert schon der nächste Donnerschlag die Kirche in Österreich: Die plötzliche Entlassung von Generalvikar *Helmuth Schüller* durch den Erzbischof von Wien, Kardinal *Christoph Schönborn*. Dieses Ereignis bedeutet einen

Schock für viele Katholiken in Österreich, der sich in unzähligen Protestschreiben und in einem neuerlichen sprunghaften Ansteigen der Kirchenaustrittszahlen entlud.

Der verbreitete Zorn entzündete sich vorerst vor allem an der Vorgangsweise des Kardinals von Wien, der sein Kündigungsschreiben dem Generalvikar, seinem Wohnungsnachbar im erzbischöflichen Palais, ohne vorheriges